

Heinrich Badura

Nachhaltigkeit und Ethik

Vortrag im Plenum der Leibniz-Sozietät am 9. März 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Professorinnen und Professoren,
hochgeschätzte Mitglieder der Leibniz-Sozietät,

haben Sie vielen herzlichen Dank für die Einladung, im Rahmen der heutigen Veranstaltung einen Plenarvortrag zu halten.

Aus Achtung vor ihrer einschlägigen exzellenten Expertise stelle ich gleich am Beginn meiner Ausführungen die Absicht voran, keinen historischen Vortrag zu halten, nicht die Verdienste der Pioniere dieser Bewegung wiederkäuend zu würdigen sondern – auf die Rolle und die Position des Menschen innerhalb der einschlägigen Komplexität fokussiert – Schlüsselaussagen der Europäischen Union aufzugreifen und Fragen aufzuspüren, die nach meiner Kenntnis der Quellen, der europäischen Aufbauprozesse und zahlreicher Nachhaltigkeitsentwicklungen bislang keinerlei angemessene Beachtung gefunden haben. Meine nachfolgenden Überlegungen werden sich darauf konzentrieren, diese ethisch zu belichten und einige Gestaltungsempfehlungen auszuformulieren und zu machen.

Einführung

Was ist Nachhaltigkeit? Dazu die allgemein bekannte Standardantwort aus dem Brundtland-Report¹: „Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die

1 „Sustainable development meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs”. S.u.a. Kurze Geschichte der Nachhaltigkeit, <http://www.mu.sachsen-anhalt.de/start/fachbereich01/nachhaltigkeit/geschichtenachhaltigkeit.htm> oder <http://alt.nachhaltigkeit.info/6000/Geschichte.htm> oder [http://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltigkeit_\(Forstwirtschaft\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltigkeit_(Forstwirtschaft)) Siehe auch Handbuch der Nachhaltigkeit <http://www.planet21.ch/handbuch/handbuch.php?id=1&table=compendium&origin=index.php&user=&session=> mit umfangreichem Quellenmaterial.

Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

Wer derzeit von Nachhaltigkeit spricht, der bewegt sich gegenstandsbezogen, unabhängig vom persönlichen Internalisierungsgrad, auf dem Boden der Einsicht in die Limitierbarkeit bestehender Ressourcen in Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft (Natur, Wirtschaft, Soziales) und betrachtet diese in der Perspektive einer Zukunftssicherung². Er erweckt dabei den Eindruck, aus der Perspektive einer ihm quasi verordneten – sich aus den Elementen: Schutz, Bewahrung und Vorsorge zusammensetzenden – Zukunftssicherungsverpflichtung heraus, bemüht zu sein, Wege, Werkzeuge, Strategien, Technologien, Wirtschafts-, Bildungsprogramme zu entwickeln, um – ausgehend von einer hic et nunc Erkenntnis – diese zu optimieren und zum würdigen Erbgut für die nachkommenden Generationen zu sakralisieren.

Nachhaltigkeit: – wer „nach-halten“ will, der muss zunächst zum „vorhalten“ bereit sein. Er muss willens und offen sein, die gegenständliche bzw. inhaltlich relevante Gegenwart gemäß deren Seinslage zu erkennen und axiologisch zu verorten. Eine solche Annäherung an die Gesellschaft von heute führt zum folgenden Befund: Die – nicht zuletzt aufgrund der sich qualitativ permanent verschlechternden Arbeitswelten und wirtschaftlichen Befindlichkeiten – stets neurotischer erscheinenden Bürgergesellschaften, flüchten sich – dort wo es noch möglich ist – unter die qualitativ ebenfalls sehr unterschiedlichen Schutzmäntel der Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit, um – gemäß dem politisch opportunen Drogenprinzip „Brot und Spiele“ – ihren tristen Alltag konsumistisch zu ästhetisieren. Die sozialen, technologischen, kulturellen Gräben (Gaps) nehmen eher un- als bemerkt stetig zu und werden auf

2 Es sei nur angemerkt, dass diese Haltung keine Erfindung der Gegenwart ist. Zahlreiche ökologische Bewegungen der 70-er und 80-er Jahre haben eine derartige Position vertreten und versucht, sie politisch umzusetzen. Als punktuelle Hinweise seien hier nur, neben den damaligen Berichten des Club of Rome, das Werk: Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.), Politik, Wertewandel, Technologie, Düsseldorf-Wien 1982, das Buch v. Klipstein M., Strümpel B., Der Überdruß am Überfluß, München-Wien 1984 und W. Heidt (Hrsg.), Abschied vom Wachstum. Ökologischer Humanismus als Alternative zur Plünderung des Planeten, Achberg 1980 genannt. Dort heißt es u.a.: „Die Wachstumsillusionen der etablierten Politiker und Theoretiker sind zusammengebrochen. Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz, die Rohstoffverknappung, die Marktsättigung in zahlreichen Sparten ... haben dazu geführt, dass die kommenden Jahre keinen Zuwachs des Sozialprodukts mehr bringen werden. Der Wachstumswahn ist in der Praxis zusammengebrochen. Was nun?“ (Deckblatt). Oder: Saul J.R., Der Markt frisst seine Kinder. Wider die Ökonomisierung der Gesellschaft, Frankfurt-New York, 1997; Zinn K.G., Die Selbsterstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln in ökonomischen Systemen, Reinbek b. Hamburg 1980.

nationalen Ebenen nur in äußersten Anlassfällen kommuniziert. Nota bene: die Europäische Kommission und die Europaparlamentarier geben es inzwischen unumwunden zu. Andererseits sind die allgemeinen politischen Ambitionen Europas eindeutig und lauten in prägnanter Kurzform: „Wohlstand für alle“ – eine Proklamation, die an diesem Ort nicht ganz unbekannt ist, somit auch nicht ohne gewisse Assoziierungsrelevanz klingen dürfte.

Europa und Nachhaltigkeit

Im Juni 2001 trafen die Mitglieder der Europäischen Union in Göteborg zusammen, um über die weitere Zukunft Europas und notwendige politische Leitlinien zu beraten. Unter Berufung auf die Erkenntnisse der Brundlandt Kommission und weiterer, in der Zwischenzeit durchgeführter, Nachhaltigkeitskonferenzen und auf die nicht zufriedenstellenden Ergebnisse bisheriger Nachhaltigkeitsaktivitäten, legten sie im Rahmen einer langfristigen Strategie „politische Rahmenbedingungen fest, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der Nachhaltigkeit umfasst, welche sich zur Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung gegenseitig verstärken müssen. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen sämtlicher Politiken müssen in koordinierter Art und Weise geprüft und bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden.“³

Die europäische Politik ist sich also – wie an dieser Stelle betont wird – seit Jahren darin einig, den Weg einer nachhaltigen Entwicklung gemeinsam zu gehen und die politischen Rahmenbedingungen dafür verstärkt zu schaffen. Die folgenden Jahre müssen nun zeigen, wie gut das Leitbild umgesetzt werden kann. Neben der politischen Ebene gibt es auch in den unterschiedlichsten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) wie z.B. Industrievereinigungen und Naturschutzverbänden aber auch in Unternehmen Bestrebungen, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Eine „Überprüfung“ der Nachhaltigkeitspolitik durch die neue 2004 angetretene Kommission brachte ein, wie bereits 2001 in Göteborg konstatiert – extern betrachtet – nicht allzu positives Bild des bisher Erreichten. In der ers-

3 Mitteilung der Kommission vom 15. Mai 2001 – Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung (Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rat in Göteborg), KOM(2001) 264 – Nicht im Amtsblatt veröffentlicht. <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l28117.htm> Vgl. dazu: Badura H., Aktuelle Aspekte sicheren Lebens in der Europäischen Union, Tagungsband der Int. Konferenz in Drohiczyn/PL (7.-9.09.05) zum Thema Die Sicherheit des Menschen im Prozess der Systemtransformation, erscheint 2006.

ten Bestandsaufnahme vom 9. Februar 2005⁴ wird Nachhaltige Entwicklung zunächst als ein konstitutives Element und „Ziel“ des Vertrages über die Europäische Union und des Verfassungsentwurfes gewürdigt. Zitiert wird hier die Aufforderung der Union, „die nachhaltige Entwicklung Europas anzustreben auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums, einer in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie eines hohen Maßes an Umweltschutz und der Verbesserung der Umweltqualität“. Die seitens des neuen Parlaments und der neuen Kommission für notwendig erachtete Überprüfung sollte das bisherige Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung unmissverständlich bekräftigen, die notwendigen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen neu festlegen, um auf diese Art die Steigerung der „Lebensqualität aller“ erfolgreicher steuern zu können. Trotz Würdigung der Leistungen der Vorjahre fehlen in diesem Dokument Kritik und Einbekenntnis zum Misserfolg nicht: „... nicht nachhaltige Entwicklungen sind nach wie vor ungebrochen und die internationalen Herausforderungen sind nach wie vor groß“. (S. 4)

An Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen mangelt es der Kommission trotzdem nicht. „Die Europäische Union verfügt über eine umfassende und langfristige Zukunftsvision. Wir glauben an die Stärke und die Grundwerte unseres dynamischen europäischen Modells. Wir werden dafür sorgen, dass die Bedürfnisse der gegenwärtigen und der künftigen Generation erfüllt werden können⁵. Dieses grundlegende Ziel wird sich durch alle Politikbereiche der Union ziehen. Nachhaltige Entwicklung erfordert, dass jetzt gehandelt wird. Die Europäische Union ist fähig, kompetent und kreativ genug, die erforderlichen Veränderungen vorzunehmen. Die Europäer und alle anderen Bürger in der Welt können sich darauf verlassen, dass sich die Union für eine nachhaltige Zukunft für alle einsetzt.“ (S. 5) Vom durchgehend beschworenen Imperativ wirtschaftlichen Wachstums abstrahierend, will die Kommission überzeugt sein, „... dass wir mehr Wohlstand, Solidarität und Sicherheit anstreben müssen, um für uns und die kommenden Generationen eine höhere Lebensqualität zu erreichen“. Auf die Gesellschaftsform bezogen heißt es weiter: „Wir brauchen eine Gesellschaft mit mehr Zusammenhalt, in der in

4 KOM (2005) 37 endg./SEK (2005)225.

5 Auf die allgemein gültige Interdependenz zwischen der subjektiv-gesellschaftlichen Bedürfniswelt und dem subjektiv vertretenen und gelebten Menschenbild wird hier in keiner Weise eingegangen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dieses Defizit mit jenen Texten und Dokumenten der EU zu verknüpfen, in denen ein Bekenntnis zur kulturellen Diversität abgelegt wird. Vgl. Anm. 6.

Europa und darüber hinaus für alle Wohlstand herrscht und Chance offen stehen. Wir brauchen mehr Innovation, Forschung und Bildung. Wir müssen unserer globalen Verantwortung nachkommen und unsere Verpflichtungen erfüllen. Unser Wohlstand und unsere Lebensqualität werden in Zukunft davon abhängen, inwieweit wir fähig sind und uns dafür einsetzen, unser Produktions- und Konsumverhalten zu ändern und das Wirtschaftswachstum von der Verschlechterung der Umwelt abzukoppeln.“ (S. 6) Europa strebt in diesem Bereich an, „nach außen eine Führungsrolle zu übernehmen“. (Ebd.)

Als nicht nachhaltige Trends gegen die es rasch und entschieden vorzugehen gilt, werden in diesem Bestandsbericht folgende Erscheinungen definiert:

- Klimaänderung und saubere Energie
- Der Zustand der öffentlichen Gesundheit
- Armut und soziale Ausgrenzung
- Alterung der Gesellschaft
- Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen
- Flächennutzung und Verkehr
- Externe Aspekte der Globalisierung
- - Einhegen der Globalisierung
- - Verbesserung der Governance auf globaler Ebene
- - Entwicklungsfinanzierung (vgl.:S.12–18)

Eine neue Herangehensweise an die Lösung der angeführten Probleme wird hier angeregt wobei das Novum grundsätzlich

- in einer Bekräftigung der 3 Grundprinzipien
- in einem „neuen Konzept der Politikgestaltung“
- in einer stringenteren Umgangsform mit den o.g. Gegentrends
- Neuformulierung von Zielen, Vorgaben und Etappen
- im Einsatz wirksamen Monitorings und
- in einer Stärkung der Eigenverantwortung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Akteuren auf allen Ebenen (vgl. Teil II, S. 19–23)

zu sehen sind.

Abschließend ergeht eine Aufforderung an alle adäquaten, prozedural vorgesehenen Ansprechpartner der Kommission mit dem Ersuchen um eine Stellungnahme.

Im Folgedokument vom 25.5.2005⁶, dessen Status ein „Entwurf einer Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung“ ist, werden –

6 KOM (2005)218 endg.

unmittelbar nach einem Hinweis darauf, dass Nachhaltige Entwicklung ein vertraglich verankertes „Hauptziel aller Politikbereiche“ der Gemeinschaft sei – die Zielsetzungen noch anspruchsvoller, präziser und umfassender zugleich umrissen: „Sie (d.i. die Kommission – eig. Bem.) strebt eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität auf unserem Planeten für die heute lebenden wie auch für die künftigen Generationen an. Es geht dabei um die Bewahrung der Fähigkeit des Planeten, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen. Sie baut auf den Grundsätzen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Grundrechte, wozu Freiheit und Chancengleichheit gehören, auf. Sie führt zu Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen. Sie strebt die Förderung einer dynamischen Wirtschaft mit einem hohen Maß an Beschäftigung und Bildung, Schutz der Gesundheit⁷, sozialem und territorialem Zusammenhalt und Umweltschutz in einer friedlichen und sicheren Gesellschaft an, in der die kulturelle Diversität hochgehalten wird“. (S.4) Daraus werden „verpflichtende“ (EU & Mitgliedsstaaten) Hauptzielsetzungen definiert:

1. Umweltschutz,
2. Sozialer Ausgleich,
3. Wirtschaftlicher Wohlstand
4. Internationale Verantwortung (vgl. S.5)

Bei der Umsetzung dieser hehren Ziele sollen folgende „Leitprinzipien der Politik“ eingehalten werden:

1. Förderung und Schutz der Grundrechte
2. Gerechtigkeit zwischen den Generationen
3. Offene und demokratische Gesellschaft
4. Einbeziehung der Bürger
5. Einbeziehung der Unternehmen und Sozialpartner
6. Politische Kohärenz und Governance
7. Politische Integration
8. Einsatz der besten verfügbaren Kenntnisse (als Grundlage für politische Entscheidungsfindungsprozesse)
9. Vorsorgeprinzip
10. Haftbarmachung der Verursacher (vgl. S. 6).

7 Zum Thema Gesundheit und Bürgergesellschaft: s. Badura H., Die Rolle der BürgerInnen in den neuen EU-Mitglieds- und Kandidatenländern: Chancen und Herausforderungen, Konferenzband zum Int. Symposium Economic and Sociopolitical Perspectives for Health Services in Central Europe, 27./28.02.2006, Wien 2006, 71–77.

Gemäß den 10 politischen Leitprinzipien europäischer Strategie für nachhaltige Entwicklung, kann man von 10 einschlägigen Themenbereichen als Gegenstand der Weiterentwicklung sprechen:

1. Wirtschaftliche Entwicklung
2. Armut und soziale Ausgrenzung
3. Überalterung der Gesellschaft
4. Öffentliche Gesundheit
5. Klimawandel und Energie
6. Konsum- und Produktionsstrukturen
7. Management der natürlichen Ressourcen
8. Verkehr
9. Gute Staatsführung
10. Globale Partnerschaft⁸.

In einer Reaktion auf die Annahme der Leitprinzipien spricht Anne-Marie Sigmund, Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) von einem „Lichtblick“ und hebt die konstitutive Bedeutung dieses Schrittes hervor. „Die Zukunft Europas hängt von einer Vision der Nachhaltigkeit ab, und diese Leitprinzipien legen die Grundlagen dafür“⁹. Gleichzeitig deponiert sie einen politischen Anspruch des EWSA im Bereich der Umsetzung der Nachhaltigkeitsprogrammatis der EU, indem sie bekräftigt: „Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat deutlich gemacht, dass er es begrüßen würde, eine konkrete Rolle bei der Überwachung der Umsetzung der Strategie spielen zu können und als Dreh- und Angelpunkt für die Partizipationsprozesse, die für die nachhaltige Entwicklung erforderlich sind, zu fungieren. „Der Ausschuss“, betonte sie, „ist bereit, Veranstaltungen mit maßgeblichen Akteuren sowie Diskussionsforen zum Austausch über Fragen der nachhaltigen Entwicklung zu organisieren, und begrüßt es, dass die Kommission bereits ihre Bereitschaft bekundet hat, den Vorschlag des EWSA zur engen Einbindung in die Überwachung und Umsetzung der EU-Strategie der nachhaltigen Entwicklung aufzugreifen.“ Abschließend mahnt sie die Erforderlichkeit einer breiten grundlegenden Berücksichtigung der bislang gewonnenen „Ansichten der Zivilgesellschaft“ ein. (Ebd.)

Am 13. Dezember 2005 präsentierte die Europäische Kommission im Bereich der nachhaltigen Entwicklungsstrategie eine neue Aktionsplattform¹⁰. Markant erscheint dabei die verstärkte Hinwendung zur Zivilgesellschaft und

8 s. http://epp.eurostat.cec.eu.int/Nachhaltige_Entwicklung,Indikatoren.

9 Brüssel, 20.06.2005, CES/05/73.

10 IP/05/1582.

Aufforderung „an alle Regierungen, Unternehmen, NRO und Bürger, neue und bessere Wege zu einer nachhaltigeren Lebensweise zu suchen und die sich bietenden Chancen zu nutzen.“

Der Appell des Kommissionspräsidenten José-Manuel Barroso ist nicht frei von Emotionen, wenn es heißt: „Wir möchten konkretes Handeln anstoßen, um unseren Kindern und Enkeln eine Welt übergeben zu können, die mehr Wohlstand, eine sauberere Umwelt und mehr Gerechtigkeit bietet. Europa muss ein Vorbild für den Rest der Welt sein.“ Er kommt nicht umhin, einen inhaltlichen Link zu den ökonomischen Ambitionen Europas zu legen, als er sagt: „Dies liegt in unserem eigenen Interesse, nicht nur, weil wir damit unsere Lebensqualität verbessern, sondern auch, weil diejenigen Volkswirtschaften, die sich am schnellsten auf eine nachhaltige Produktionsweise und neue Umwelttechnologien einstellen, einen enormen Wettbewerbsvorteil haben werden.“ (Ebd.) Eine umfassende, Grenzen übergreifende Bündelung aller institutionellen Kräfte, gemeinsame Nutzung von Synergien, ein dynamischer Vergleich aller realisierten Initiativen und deren Wertschöpfungen, Nutzung und Anwendung von Exzellenzwissen, Folgenabschätzung und -forschung, Einbindung von Drittländern sollen eine rasche Umsetzung der vorliegenden strategischen Zielvorhaben auf allen gesellschaftlichen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Ebenen gewährleisten und von höchster politischer Relevanz sein. „Gleichzeitig wird die zentrale Rolle von Forschung und Entwicklung sowie von Bildung und die Notwendigkeit eines stärker ganzheitlich ausgerichteten Entscheidungsprozesses betont.“ (Ebd.) Der Herbeiführung des „Wandels vor Ort“ kommt dabei eine ebenfalls entscheidende Bedeutung zu. Bedauerlicherweise sind die anschließend angeführten Fallbeispiele ausschließlich dem IKT-Bereich und einigen kritischen Umweltphänomenen zuzuzählen.

In der Schlusserklärung des Europäischen Rates vom 15./16.12.2005 nimmt der Rat die bisherigen Aktivitäten der Kommission zur Kenntnis, bringt seine Erwartung der Annahme einer neuen Strategie einschließlich der Ziele, Indikatoren und eines „wirksamen Beobachtungsverfahrens im Jahr 2006“ betreffend zum Ausdruck und verlangt von dieser Strategie, dass sie „...den Bürgern einfach und wirksam vermittelt werden kann.“¹¹

Im am 25. Jänner 2006 vom Kommissionspräsidenten Barroso präsentierten Jahresfortschrittsbericht über Wachstum und Beschäftigung¹², von

11 Brüssel, 30.01.2006(02.02.), 15914/01/05, Punkt VI, Nachhaltige Entwicklung.

12 IP/06/71.

dem – was jährlich auch eine Art Regelfall ist – neue Impulse und ein weiterer Motivationsschub erwartet werden – sind, auf der Grundlage einer Analyse und Auswertung der jeweiliger Ergebnisse laufender Reformprogramme weitere vier Aktionsbereiche benannt worden:

1. Investitionen in Bildung,
2. Forschung und Innovation,
3. Entlastung der KMU und Abbau von Hemmnissen für die Entfaltung von Unternehmenspotenzial, Beschäftigungsförderung und
4. Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung. (Vgl.ebd.)

Nahezu propagandistisch, um nicht zu sagen ungewohnt populistisch, retrospektive Untätigkeit und programmatisch-operative Unfähigkeit suggerierend, gab sich Barroso in seiner Erklärung v. 1. März d.J.: „Meine Botschaft ist eindeutig: Es ist Zeit zu handeln. Seit der Erneuerung der Lissabon-Strategie im letzten Jahr weht ein neuer Wind durch die Amtsstuben in Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedstaaten. Wir gehen ganz anders an die Sache heran. Wir haben seit dem letzten Jahr viel geleistet und die Fundamente für die künftige Arbeit gelegt. Das Engagement der Mitgliedstaaten zeigt sich allein schon daran, dass inzwischen 25 nationale Reformprogramme vorliegen. Jetzt geht es an deren Umsetzung. Die Mitgliedstaaten müssen jetzt gewissermaßen Gas geben und die Reformen vorantreiben. 95 Prozent dessen, was in diesen Programmen steht, liegt eigentlich auf der Hand – die Mitgliedstaaten müssen nun dafür sorgen, dass es sich auch in der Praxis niederschlägt. Es ist nun an der Zeit, dass sie den politischen Willen aufbringen, auf Worte Taten folgen zu lassen.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die besten Universitäten, hochqualifizierte Arbeitskräfte, leistungsfähige soziale Sicherungssysteme, die wettbewerbsfähigste Wirtschaft und die sauberste Umwelt. Die Skeptiker weise ich darauf hin, dass vor einem Jahrzehnt wohl niemand erwartet hätte, dass Irland zu einem der wohlhabendsten Länder der EU werden könnte oder dass die Produktivität in Polen höher läge als in Südkorea. Wir können und müssen zusätzliche Anstrengungen für Wachstum und Beschäftigung leisten.“ (Ebd.) Und trotzdem kommen auch in diesem Dokument eine gewisse Unzufriedenheit und Ungeduld zum Ausdruck: „Die Fortschritte sind jedoch noch immer unausgewogen, weshalb sich die Kommission noch intensiver bemühen wird. Dieser Bericht lässt bereits erkennen, dass wir ein aktiver Partner sein werden. Wir werden loben, wo dies angebracht ist, und konstruktive Kritik üben, wo diese helfen kann“. (Ebd.)

Mit Zuversicht wird hier auf die Frühjahrstagung des Europäischen Rates am 23.–24. März 2006 in Brüssel hingewiesen, für die die Ratstagung für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz am 10. März 2006¹³, d.i. morgen, gewiss eine Reihe wichtiger Vorleistungen erbringen und für die nachfolgende Tagung des Europäischen Rates wichtige Impulse liefern wird.

Damit sind wir am letzten, d.i. auch aktuellsten Standort der Entwicklung des europapolitischen Nachhaltigkeitsverständnisses angelangt. In einem weiteren Schritt möchte ich dieses einer näheren normativen Belichtung zuführen.

Das Ringen um die Werte – oder die Grundlegung einer Nachhaltigkeitsethik

Über Nachhaltigkeit und Ethik vortragen zu sollen, impliziert intrinsisch eine einschlägig-angemessene Berücksichtigung des Wertediskurses. Ich werde nun, gemäß der Themenstellung meines Vortrages, mit Sicherheit nicht eine allgemeine Debatte über die Wertphänomene Europas eröffnen, sondern mich lediglich auf die von der Kommission selbst, im selben Zeitraum, in diesem Zusammenhang vermittelten Erkenntnisse und Postulate beziehen.

Am 20.10.2005 veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel: „Europäische Werte in der globalisierten Welt“.¹⁴ Dieses Dokument übertrifft dem Charakter und der semantischen Aussagekraft nach alle bisherigen Erklärungen und Mitteilungen und bringt – als Kommissionsdokument – in einem bislang noch nie dagewesenen Umfang die kritische Situation der Gemeinschaft im Kontext des Sozialen und der Nachhaltigkeit, unter klarer Berufung auf die basale Bedeutung europäischer Werte, zum Ausdruck. Mit

13 s. Brüssel, 1.3.2006, 011/06 (Presse).

14 KOM(2005) 525 endg. Vgl. dazu Badura H., Die Informationsgesellschaft und ihre Werterscheinungsformen. B.I.T - online, Zeitschrift für Bibliothek, Information und Technologie, 3(2000)1,17-28. <http://www.b-i-t-online.de> und Europahaus Burgenland, 4(99)7ff./, in denen die Entwicklung der Informationsgesellschaft Europas unter Berücksichtigung axiologisch-ethischer Hinterfragungen ausführlich dargelegt wurde. Ferner: Klages H., Kmiecik P., (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a.M.-New York 1981². Zum Thema Soziale Marktwirtschaft, s.u.a. Die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft. Thesen und Anfragen, Stuttgart-New York, 1988; Schlecht O., Ordnungspolitik für eine zukünftige Marktwirtschaft, Erfahrungen, Orientierungen und Handlungsempfehlungen, Reihe: Zukunft der Marktwirtschaft, Bd.1, Frankfurt 2001; Hasse R.H., Schneider H., Weigelt K., Lexikon sozialer Marktwirtschaft, Lübeck 2005², ferner Themenheft: Reformen des Sozialstaates, Aus Politik und Zeitgeschichte, 8-9 (2006) v. 20.02.2006.

einem solchen Bekenntnis beginnt auch das Dokument: „Europa muss seine Politiken reformieren und modernisieren, um seine Werte zu bewahren.“ Und weiter: „Die Modernisierung ist von entscheidender Bedeutung, wenn Europa sein Niveau von Wohlstand, sozialem Zusammenhalt, Umweltschutz und Lebensqualität beibehalten¹⁵ möchte, das so hoch ist, wie noch nie zuvor.“ (S.3) Der aktuelle gesellschafts- und wirtschaftspolitische Befund ist demgegenüber jedoch nicht erfreulich: „Das Wachstum nimmt ab, die strukturelle Arbeitslosigkeit bleibt hoch und die Ungleichheit nimmt zu. Wenn wir dies nicht ändern können, werden die Kräfte des globalen Wettbewerbs, die Auswirkungen neuer Technologien und die Überalterung unserer Bevölkerung dafür sorgen, dass sich die Kluft zwischen den beiden Europas sowie zwischen Europa und der übrigen Welt erweitert. Unser wirtschaftlicher Erfolg und die finanzielle Lebensfähigkeit unserer Sozialsysteme – Altersversorgung, Sozialfürsorge, Gesundheitsversorgung – werden in Frage gestellt“. (Ebd.) Die Kommission ortet darin in erster Linie ein Problem in der Kategorie „sozialer Gerechtigkeit“ und fügt hinzu: „Es geht darum, in welchem Europa unsere Kinder leben sollen – und wie wir dieses Europa bezahlen. Der Status quo ist eindeutig keine Lösung.“ (Ebd.) Im nachfolgenden Satz werden Wachstum und höhere Produktivität als Garanten der Erfüllung der „Erwartungen und Werte“ der Europäer und als „echtes europäisches Anliegen“ dargestellt.

Der Stand der bis dato nur teilweisen Erfüllung der Lissabonner Ziele veranlasst die Kommission festzuhalten: „Europa kann sich nicht länger leisten, abzuwarten; fünf Jahre später neu hinzugekommen ist das Gefühl der gesteigerten Dringlichkeit.“ Dies hindert sie jedoch nicht daran, zu behaupten, mit Hilfe „außenpolitischer Instrumente“, „Wohlstand und Sicherheit über die jetzigen Grenzen Europas hinaus verbreiten“ zu können und „die europäische Vision und europäische Werte“ weltweit „zur Geltung zu bringen“. (S. 4)

Der Aufruf gemeinsamer europäischer Grundwerte, prägt den gesamten Charakter dieser Mitteilung und verleiht ihr auch einen an sich beachtlichen Glaubwürdigkeitsgrad. „Nationale wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen beruhen auf gemeinsamen Werten wie z.B. Solidarität und Zusammenhalt, Chancengleichheit und Bekämpfung jeder Form von Diskriminierungen, angemessenen Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen am Arbeitsplatz, allgemeinem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Lebensqualität und Qualität der Arbeitsplätze, nachhaltiger Entwicklung und der Einbezie-

15 Die Ausdruckweise der Kommission befindet sich an einschlägigen Schlüsselstellen in einer permanenten Pendelbewegung zwischen „Beibehaltung“ einerseits und zwingendem „Wandel“ andererseits.

hung der Zivilgesellschaft. Diese Werte stehen für Europas Entscheidung für eine soziale Marktwirtschaft. Sie sind in die EU-Verträge und in die Maßnahmen und Rechtsvorschriften der EU eingegangen sowie in die Europäische Menschenrechtskonvention und unsere Charta der Grundrechte.“ (S. 5) Ferner wird auf die charakteristischen Erwartungen der Europäer gegenüber der Rolle des Staates und des öffentlichen Sektors, auf die „europäische Dimension“ nationaler Systeme und auf „eine starke Tradition des sozialen Dialogs und der Partnerschaft“ hingewiesen. Die Auflistung dieser Werterscheinungen mündet ein in die wesentliche Frage: „Aber sind die jetzigen Vorgehensweisen den derzeitigen Herausforderungen noch angemessen?“ (Ebd.) Angesichts bestehender – oben bereits angeführter – Problemzonen und der insistierten Zukunftsunfähigkeit bestehender Strukturen wird eine weitere Frage besonders virulent: „Ist Europa zum Wandel bereit?“ (Ebd.) Im nachstehenden Unterpunkt wird demgegenüber festgehalten: „Die derzeitigen Strategien haben keine soziale Gerechtigkeit für alle geschaffen“. (S. 6) Daran schließt an ein Versuch, den umrissenen mehrdimensionalen (Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Überalterung) Krankheitsbefund Europas mittels statistischen Datenmaterials, entsprechend zu unterlegen. Es folgt ein umfassender Maßnahmenkatalog für alle Ebenen politischen Handelns, der Entwurf eine Antwort auf die Fragen „Wer sollte was tun?“ und was ist „Die Rolle Europas?“ wobei simulierend veranschaulicht werden soll, mit welchen Instrumentarien, aus der Sicht der Kommission, eine nachhaltige Lösung des vorliegenden komplexen Problems anzustreben wäre. Unanfechtbar bleibt dabei die Erkenntnis der Notwendigkeit einer umfassenden Modernisierung von Gesellschaft, Sozialem, Staat und Wirtschaft als solchen. Die EU regt – im Sinne ihrer Aufgabestellung und gesuchten Nachhaltigkeit – an, sich stärker als bisher in folgenden Bereichen einzubringen:

- Schaffung eines günstigen Umfelds für Innovation, Forschung und Bildung; „Unterstützung der Menschen bei der lebenslangen Anpassung an eine Welt im Wandel“;
- Formulierung einer langfristigen und kohärenten Energiepolitik,
- Einsatz von mehr Mitteln (öffentlich und privat) für allgemeine und berufliche Bildung und Qualifizierung,
- Förderung eines zeitgerechten sozialen Dialogs,
- Unterstützung bei der Bewältigung von Auswirkungen und Folgen notwendigen Strukturwandels einschließlich jener der Globalisierung (u.a. durch Schaffung eines Globalisierungsfonds),
- Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und des erforderlichen Zusammenhalts (s. S.16/17).

Um den hier bestehenden Modernisierungs- und Reformbedarf gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erfolgreicher als bisher kommunizieren zu können, weist das Dokument in den Schlussfolgerungen auf den Plan „D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ v. 20.07. 2005¹⁶ hin, als eine – im Sinne der Nachhaltigkeit und der europäischen Werte – optimierte Bestrebungsmaßnahme zur besseren Einbindung der Zivilgesellschaften in den weiteren Aufbau Europas und zur Optimierung der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Umsetzung aller erforderlichen Reformprozesse. Auf den Wert der Demokratie bezogen wird nahezu „büßerhaft“ die Einsicht bekundet: „Demokratie kann nur reibungslos funktionieren, wenn die Bürger über aktuelle Entwicklungen informiert sind und in vollem Umfang daran teilhaben können“. (Weißbuch, S. 2). Das Eingeständnis bestehender Kluft zwischen der Union und den Bürgern, das „Gefühl der Entfremdung, das teilweise die Politikverdrossenheit widerspiegelt“ und eine der Ursachen der Absenz einer „europäischen öffentlichen Sphäre“ (S. 5) ist, markieren den Reflexionsweg dieses Schlüsseldokuments jüngsten Datums. Auf die oben analysierten sozialen Werte bezogen, heißt es hier durchaus zutreffend: „Kommunikation kann nie von dem abgekoppelt werden, was kommuniziert wird. Die Bürger erwarten, dass Europa im Zeitalter der Globalisierung für Wohlstand, Solidarität und Sicherheit sorgt“. (S. 2) Europa ist jedoch gesichtslos. „Der Eindruck, dass die Europäische Union kein Gesicht hat, ist weit verbreitet. Der EU mangelt es an einer klaren öffentlichen Identität.“ (S. 10) Die realpolitische Folge daraus: Was gesichtslos, identitätslos ist, kann nicht gleichzeitig als Wesensmerkmal der Nachhaltigkeit ins Ziel geführt werden.

Die im Rahmen dieses Weißbuchs geforderten Maßnahmen, der hierin – im Sinne der Nachhaltigkeit Europas und seiner Werte – proklamierte Wandel in der bisherigen Informations- und Kommunikationspolitik der EU, reiht sich komplementär in eine fächerübergreifende bzw. transdisziplinäre, gegenwärtig stattfindende umfassende Analyse der Zukunftschancen Europas angesichts globaler Veränderungen, ein. Die hier, sei es empfohlenen, sei es geforderten Maßnahmen, die Wahrnehmung und öffentliche Brandmarkung zahlreicher früherer Entwicklungen als Erscheinungsformen bisheriger Nicht-

16 SEK (2005) 985 endg., KOM (2005) 494 endg. v. 13.10.2005, zuletzt: Weißbuch über eine neue Kommunikationspolitik, KOM (2006) 35 endg., v. 1.2.2006. Vgl. dazu: Hartung H., Kultur in Europa: In Vielfalt geeint? In: Völkerverständigung und Erweiterung, Wissenschaftliche Schriftenreihe der Europäischen Akademie für Lebensforschung, Integration und Zivilgesellschaft, hrsg. v. Badura H., Band 1, Waidhofen 2005, 137–142. Vgl. auch in derselben Reihe Band 3, Soziales Europa zwischen Nostalgie und Zukunftsorientierung, Waidhofen 2006.

nachhaltigkeit, die Entdeckung und Würdigung der Rolle der Bürgergesellschaft, der unumgänglichen Notwendigkeit einer inhaltlichen Verifizierung der Kommunikationsprozesse, die Anregung eines Netzwerkes nationaler Sachverständiger im Bereich der Meinungsforschung, der Einrichtung eines unabhängigen Meinungsforschungsinstituts u.v.m. sind zweifelsohne für einen aktuellen Diskurs über Nachhaltigkeit und Ethik in europäischer Perspektive von essentieller Bedeutung.

Ethik

Die im Rahmen obiger Reflexionsabläufe auseinandergesetzten Quellen¹⁷ erlauben folgende Skizze eines ethischen Raumes einschließlich der ethischen Relevanz des offiziellen Nachhaltigkeitsverständnisses der EU:

1. Die normative Grundlegung propagierter und postulierter, als nachhaltig qualifizierbarer, Maßnahmen erfolgt dominierend auf der Ebene ökonomischen Wachstums und der globalen wirtschaftlichen Standortsicherung Europas.
2. Der Gebrauch des Wohlstands-, Fortschrittsbegriffes wird entweder ausdrücklich auf dessen ökonomische Dimension reduziert oder nur ansatzweise komplementär, mit sozialen Komponenten angereichert, vermittelt. Er lässt auch keinen Widerspruch, keine Abwendung sondern nur eine Progression des Erreichten zu und scheint als solcher gewisse Keimzellen des Tyrannischen (Hybriden) in sich zu bergen.
3. Die Immanenz und Geisthaftigkeit, Spiritualität, Transzendenz des Menschen finden dabei keinerlei Erwähnung.¹⁸ Eine prinzipiell marginale Berührung dieser Ebenen erfolgt ausschließlich im Rahmen einer allgemeinen Würdigung kultureller Diversität.
4. Die in Aussicht gestellte weitere Maximierung des Wohlstands und Steigerung der bereits erreichten Lebensqualität bedarf einer grundlegenden Kommunizierung auf der Ebene der Bürgergesellschaften, deren demokratischen Meinungsäußerung und freien Willensentscheidung.
5. Der wiederholte normativ umrahmte Aufruf zu einer Änderung der Lebensweise und politischen Handlungsweise steht oftmals im Wider-

17 Ergänzend s. Ethik in Wissenschaft und Technik, Themenschwerpunkt: Das Parlament 23 (1999) v. 4. Juni 1999; Institut für technologische Zukunftsforschung (IPTS) /Hrsg./, Sonderausgabe: Forschungsethik und FTE-Bewertung, Dezember 2000; Kreibich R., Simonis U.E., (Hrsg.), Global Change – Globaler Wandel. Ursachenkomplexe und Lösungsansätze, Berlin 2000.

18 Vgl. weiterführend das Projekt PILGRIM: Nachhaltigkeit und Religion: <http://wien.rpi.at>.

spruch zur Mystifizierung des bereits erreichten Wohlstands und sozialer Errungenschaften.

6. Flexibilität als eine der Voraussetzungen und Komponenten der Nachhaltigkeit bedarf, bevor sie zu einem wirtschaftlichen Normativ und Wachstumsindikator erhoben wird, einer human ethischen „Verträglichkeitsprüfung“.
7. Der Hinweis auf die Gewährleistung der Erfüllung von Bedürfnissen¹⁹ der gegenwärtigen und der zukünftigen Generationen, als Handlungsnormativ der Organe der EU, ist – aufgrund mangelhafter (Im Weißbuch zugegeben) bzw. nicht antizipierbarer entsprechender Kenntnisse – nur bedingt haltbar und bedarf einer angemessenen Einbettung in ein nachhaltiges, der permanenten Qualitätssicherung unterworfenen, ethisches Normensystem.
8. Die Berufung auf eine „nachhaltige Lebensweise“, welche eine angewandte Sicht des Wohlstands und des Wirtschaftswachstums impliziert, kann derzeit – auf der Grundlage dazu gehöriger Entscheidungsprozesse – nur als eine Minderheitenoption anerkannt werden. Eine Mehrheitsentscheidung ist denkkonstruktivistisch möglich, z.Zt. jedoch real gesellschaftspolitisch noch ausständig.
9. Das Gute und das Schlechte, das Nachhaltige und das Nichtnachhaltige verlaufen in den Schlüsselquellen der EU wesentlich im Rahmen naturwissenschaftlich, darunter auch technologisch begründeter Denkkonstrukte und simulierter Zukunftsmodelle. Als solche können sie nur – begleitet von einer außerordentlich relativen Prognosefähigkeit des Menschen²⁰ und der Forschung – von begrenzter Treffsicherheit, und dementsprechender ethischer Legitimität gekennzeichnet sein.
10. Eine philosophische geschweige denn theologische Ethik hat innerhalb

19 Siehe erweiternd: Meyer-Abich K.M., (Hrsg.), Was braucht der Mensch, um glücklich zu sein, München 1979; Traube K., Wachstum oder Askese? Kritik der Industrialisierung von Bedürfnissen, Reinbek b. Hamburg 1979; Gronemeyer M., Die Macht der Bedürfnisse. Überfluss und Knappheit, Darmstadt 2002; Kurbjuweit D., Unser effizientes Leben. Die Diktatur der Ökonomie und ihre Folgen, Reinbek b. Hamburg 2003.

20 Bekanntlich ist die Literatur zu diesem Thema außerordentlich umfassend, nicht immer frei von pseudo-prophetischen, ja nahezu „eschatologischen“ Denkansätzen und könnte durchaus den Gegenstand einer eigenen Untersuchung bilden. Als signifikantes Beispiel sei an dieser Stelle nur das Omni-Buch: Das wird morgen sein, München 1982, 1986 genannt; dazu Chargaff E., Kritik der Zukunft, Stuttgart 1983 oder Gimpel J., Das Ende der Zukunft. Der technologische Niedergang des Westens, Paris-Holm 1995. Eine derartige Inklination gilt auch für die jeweiligen Zyklen europäischer Programme, und zwar in allen politischen Bereichen.

der Kriterienwelt der Nachhaltigen Entwicklung Europas, vom wiederholten allgemeinen Bekenntnis zu den europäischen Werten abgesehen, augenscheinlich keinerlei Beachtung gefunden.²¹

11. Die Propagierung einer a priori ethisch schlüssigen Nachhaltigkeit bedarf der Offenlegung und politischen Bedachtnahme eines sowohl integrativen als auch generellen Zugangs zur allen Subjekten der Bürgergesellschaft und kann sich nicht ausschließlich in positivistisch säkularen Wertsphären erschöpfen. Eine Angemessenheit der Fördermaßnahmen im Spannungsverhältnis zwischen der Erfüllung materieller und immaterieller Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ist als ein substantielles ethisches Defizit zu betrachten.

Weiterentwicklungsschritte – Gestaltungsanregungen

Eine eingehende Analyse des obigen Nachhaltigkeitsverständnisses²² in Relation zur Ethik lässt folgende Weiterentwicklungsschritte und Gestaltungsempfehlungen als offene Herausforderungen an die Nachhaltigkeitsentwickler und -propagatoren anregen:

1. Die in der Charta der Grundrechte der Union verankerte Menschenwürde²³ bedarf einer direkteren und verbindlicheren Implementierung in das Nachhaltigkeitsverständnis und in die Nachhaltigkeitspolitiken Europas.
2. Die Entwicklung einer normativen Nachhaltigkeitsgrundlage kann inhaltlich nicht generell verordnet werden, sondern bedarf einer realen, breit angelegten, multidisziplinären Herbeiziehung von Fachexperten, darunter auch Geisteswissenschaftlern, Philosophen, Ethikern und Theologen.
3. Die permanente Konzentration auf die nachhaltige Entwicklung darf nicht auf Kosten der nachhaltig zu entwickelnden Inhalte gehen.
4. Die Erfüllung einer solchen Forderung bedarf eines Umdenkens und Bewusstseinswandels auf der Ebene der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf der einen und einer entsprechenden kommunikativen und

21 Erweiternd s. Eun-Jeung Lee, „Asien“ und seine „asiatischen Werte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35/36 (2003) http://www.das-parlament.de/2003/35_36/Beilage/001.html.

22 Vgl. komplementär: Minsch J., Nachhaltige Entwicklung: Gedanken zur Weiterentwicklung der offenen Gesellschaft. Symposium „Gemeinsam nachhaltig wirken“, 30.9–2.10.2005, Markt Allhau: www.forschungsgemeinschaft-sol.at/Symp2005.pdf, ferner: Badura H., Wie nachhaltig ist die Nachhaltigkeit? In: Der Geschmack von Nachhaltigkeit in der entwicklungspolitischen Polemik, Europahaus Burgenland, Almanach 2004, Eisenstadt 2004, 74–80.

23 Vgl.: Fischer M., (Hrsg.), Der Begriff der Menschenwürde, Definition, Belastbarkeit und Grenzen, Frankfurt 2004, 2. überarbeitete Auflage 2005.

- kommunizierbaren Weitergabe des Wissens an die Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft auf der einen und an die Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite.
5. Die Forderung der Union nach einer neuen globalen Strukturpolitik erfreut sich einer weitgehenden Richtigkeit. Sie setzt gleichzeitig einen angemessenen Wandel in ganz Europa voraus, der gegenwärtig jedoch noch ausständig zu sein scheint.
 6. Die bestehende Vorherrschaft der Funktionsorientierung in der europäischen Forschungsförderung und einer entsprechenden Interpretation von Ethik bedürfen einer angemessenen Kohärenz mit Strukturfokussierung und fachethischen Etablierung.
 7. Der von der Kommission besonders im Rahmen von Forschungsprogrammen postulierte Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft hat sich – authentischer als bisher – an den realen Bedürfnissen der Gesellschaft zu orientieren. Die Ohnmacht der Wissenschaft gegenüber der Vormacht von Politik, Wirtschaft und Technologie bedarf zwingend einer entsprechenden nachhaltigen Gleichgewichtsherstellung.
 8. Umgekehrt: Die Gemeinschaft der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird aufgefordert, die oben kommunizierten Programme zum Gegenstand der wissenschaftlichen Interessen zu erheben und mittels der zur Verfügung stehenden Expertise zur Vermeidung politischer Fehlentwicklungen beizutragen bzw. als Ideenbringer und Korrektiv bei der Entwicklung neuer zu fungieren. Exzellenzwissen ist in Anbetracht der Strukturalität der Wissensgesellschaft ein unverzichtbares Instrument politischer Gestaltung und Beratung.²⁴
 9. Lebendige, kreative Partnerschaften auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft hätten das Potenzial, die akut bestehenden und entfremdungsträchtigen Wissensdefizite auszuschließen, nichtnachhaltige Folgeerscheinungen von vornherein zu verhindern und zu Professionalisierung der Politik wesentlich beizutragen; die Errichtung adäquater Schnittstellen scheint daher dringend erforderlich.

24 Vgl. dazu das Werk: Banse G., Kiepas A., (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung: Von der wissenschaftlichen Forschung zur politischen Umsetzung, Berlin 2005; Fobel P., Banse G., Kiepas A., (Hrsg.), Rationalität in der Angewandten Ethik, Banska Bystrica 2004; Banse G., Kiepas A., (Hrsg.), Rationalität heute, Münster-Hamburg-London 2002; Lassek R., Schlüsselfragen humaner Entwicklung, Frankfurt 2004; Badura H., Ethische Aspekte virtueller Realitäten im Kontext der EU, erscheint 2006 im Tagungsband der Int. Konferenz zum Thema Der Mensch und virtuelle Welten, Ustron/PL (10.–13.05.05).

10. Dem in Zeiten des Wandels – wie die gegenwärtige es ist – akut bestehenden Bedarf an gestaltungswirksamen Orientierungsrichtlinien und normativem Wissen d.i. nach Ethik, ist in umfassender Weise Rechnung zu tragen. Sie ist sowohl einer der zentralen Indikatoren jeder Nachhaltigkeitsstrategie an sich als auch ein zentrales Kriterium der Einhaltung und Beurteilung einschlägiger Nachhaltigkeitsforderungen und daran geknüpfter Maßnahmen.
11. Ein zeitgemäßer Zugang zur Ethik und deren gestalterische Anwendung dürfen sich nicht ausschließlich auf die Moralität des Umgangs mit den Möglichkeiten s.g. Lebenswissenschaften, moderner Medizin und Biotechnologie beschränken sondern haben, im Sinne erforderlicher Integralität, alle Lebenssphären und Zeiträume der Bürgergesellschaft und des Personalen zu berücksichtigen. Die stattfindende Priorisierung der Medizin- und Bioethik, die diesbezüglich bestehende Asymmetrie widersprechen dem Grundsatz ethischer Integralität und bedürfen – als eine nichtnachhaltige Perspektive – dringend entsprechender Nachjustierung.
12. Ethiker üben z.Zt. eine Art von Verantwortungslosigkeit und handeln nicht nachhaltig, indem sie dem Druck primär naturwissenschaftlicher Heils- und Verheißungsversprechen nachgeben, anstatt ihre Disziplin auch als einen Ort der Widerständigkeiten zu mobilisieren.²⁵
13. Um die Objektivität und Professionalität der Ethik zu wahren und deren Bewertungsqualität nachhaltiggerecht zu sichern, sollte eine klare Unterscheidung zwischen der Handlungs- und der normgebenden Ethik-ebene eingehalten werden.
14. Das Prinzip der Kontinuität in der nachhaltigkeitsrelevanten multi- und transdisziplinären Wissensgewinnung und Wissensanwendung ist die einzige Gewähr deren Nachhaltigkeit.
15. Ein in der Gegenwart gewonnenes exaktes „Zukunftswissen“ ist allein deswegen als nicht nachhaltig zu bezeichnen, weil es – abgesehen von einigen wenigen naturwissenschaftlichen Formeln – die Unvorhersehbarkeit unmöglich scheinender Ereignisse ignoriert und die Zukunft per se zwingend zum Abbild eines wie auch immer weiter entwickelten Heute

25 Siehe: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) in Wien, State-of-the-art-Studie: „Der Stand der Ethik in den Wissenschaften in Österreich, Auswirkungen, Perspektiven und Maßnahmen, Zwischenbericht 2005, S. 12; vgl. dazu Endbericht 2006 (im Besitz des Autors) <http://www.ealiz.at> und <http://www.igr.sbg.ac/mensch-sein> Vgl. dazu „Der Philosoph als Aktivist“. Hilary Putnam über Normen, Ethik und Moral, Der Standard, Album, 24.11.1995.

degradiert. Eine multi- und transdisziplinär ausgerichtete integrale Zukunftsforschung könnte dabei eine qualitätssichernde Funktion wahrnehmen.

16. Eine Nachhaltigkeitsforschung von heute ist an sich als Vorsorgeforschung zu verstehen, deren Fundament ein klares wertbasiertes Normensystem zu verkörpern hat.²⁶

Schlussfolgerungen

Nachhaltigkeit und Ethik sind – geht man von deren Zielrichtung aus – zwei stets gemeinsam auftretende, in ihrer Existenz aufeinander angewiesene und sich gegenseitig bedingende Phänomene. Die geschilderten Bemühungen um eine Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen und ihnen zugeordneten Politiken verdienen zweifelsohne eine angemessene Würdigung, Förderung und Bereitschaft zur Mitwirkung seitens aller davon unweigerlich betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Sie verrät allerdings auch eine außerordentlich starke Bindung an die gewonnenen Lebensqualitäten von jetzt und gibt sich der Überzeugung hin, diese sowohl weltweit als auch an die Adresse der Zukunft erfolgreich und zukunftsgerichtet zwingend transferieren zu müssen. Sie assoziiert ein strategisch bindendes Annäherungsbestreben der Menschen an die Zielvorgabe, ein Fortwähren erreichter Wertigkeiten progressiv zu garantieren und an die Lebenswelten der nachkommenden Generationen zu übertragen. Sie simuliert dauerhafte, stabile Wohlbefindlichkeitssphären, generiert diese und animiert ihre Adressaten zum entsprechenden politischen und sonstigen Erfolgsstreben.

Im oben zitierten Dokument der Kommission über die europäischen Werte in einer globalisierten Welt²⁷ heißt es grundsätzlich ethisch einwandfrei: „Wir sollten uns daran erinnern, dass die Globalisierung von einem sehr menschlichen Wunsch angetrieben wird – dem Wunsch von Milliarden von Menschen, ein besseres Leben für sich und ihre Familien zu schaffen.“ (S. 10) Eine Vision, die aus der Sicht der Geschichte der Ideologien keinerlei Neuerung darstellt und in bestimmten Religionswelten ohnehin Gegenstand

26 Vgl. dazu ergänzend proVision, Vorsorge für Natur und Gesellschaft, Das Forschungsprogramm des BMBWK im Bereich der Nachhaltigkeit, Wien: <http://www.forne.at/programme/> und <http://www.umweltbundesamt.at/provision> Beachtenswert sind auch einschlägige nationale Nachhaltigkeitsprogramme (s. Deutschland) die sowohl über o.a. Internetseite der Europäischen Kommission oder auch mittels Suchmaschinen barrierefrei zugänglich sind.

27 Vgl. Anm.14.

einschlägiger Verheißungen ist. Auch der Ruf nach einem Wandel des *modus vivendi*, der einen Subjektwandel, die Klonung eines neuen Menschen voraussetzen würde, birgt keinerlei Neuigkeitswert in sich.²⁸⁸ Hoch anzurechnen ist es der Geisteskraft des Gegenwartsmenschen auf jeden Fall, dass er die Vision einer Welt in einvernehmlicher Harmonie zwischen ihm, der Natur und Wirtschaft, eingebettet in ein weltweites Netzwerk gerecht verteilter Wohlstandsgüter – trotz aller Niederschläge – bis jetzt nicht aufgegeben hat. Der Erfolgsgrad und das Fortschrittstempo seiner ehrgeizigen Bestrebungen werden mit bestimmender Gewissheit davon abhängen, welches Ordnungssystem, welche Normwerte, welche Art von Ethik er auf dem Weg dahin befolgen und umzusetzen suchen wird.

Im Jahre 1984 sagte Carl Friedrich von Weizsäcker bei einem Vortrag in der Prognosegesellschaft in Basel: „Weltwirtschaft, Frieden der Natur, Frieden unter den Menschen, Bewusstseinswandel. Ich behaupte, dass es in keinem der vier Bereiche ein Problem gibt, das nicht durch gemeinsame Anstrengung der Vernunft lösbar wäre. Ich behaupte auch, dass unsere politischen Ordnungen, unser gesellschaftlicher Zustand und unsere seelische Verfassung diese gemeinsame Vernunft fast unmöglich machen.“²⁹

Ich wünsche Ihnen, uns allen und – im Namen der Nachhaltigkeit – den nachkommenden Generationen, dass er entweder kein Recht behält oder dass es lediglich beim „fast“ bleibt und bin davon überzeugt, dass er sich, wenn es wirklich dabei bliebe, darüber nur freuen würde.

28 Auch zu diesem Zugang gibt es eine Fülle an Literatur. Siehe u.a. Hondrich K.O., *Der neue Mensch*, Frankfurt a.M., 2001

29 Ders., *Bewusstseinswandel*, München-Wien 1988, 26. Vgl. dazu Badura H., *Europa und die Schicksalhaftigkeit des europäischen Menschen*. In: *Pannonia. Magazin für Internationale Zusammenarbeit* 2(1998)38–40 (Auszug); Hösl V., *Die Krise der Gegenwart und die Verantwortung der Philosophie*, München 1990, Ders., *Philosophie der ökologischen Krise*, ebd. 1991